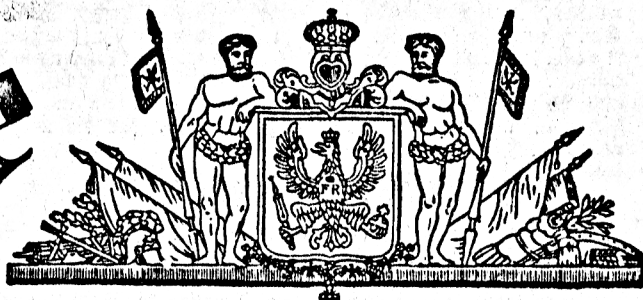


# Vossische



# Zeitung

Begründet

1704

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die Vossische Zeitung erscheint täglich zweimal, Sonn- und Festtags nur einmal. Jeden Sonntag die illustrierte Beilage „Zeitbilder“. Sonstige Beilagen und Rubriken: Finanz- und Handelsblatt, Umschau in Technik und Wirtschaft, Für Reise und Wanderung, Literarische Umschau, Wissenschaftliche Sonntagsbeilage, Allgemeine Verlosungstabelle, Kurzettel der Berliner Börse.

Bezug: In Gross-Berlin und Umgegend monatl. 10.— M., durch eigene Boten täglich zweimal frei ins Haus; durch die Post 9.— M. (ohne Bestellg.). Anzeigen: Zeile 8.— M. u. 40% Teuerungszuschlag. Familienanzeigen 1,50 M netto die Zeile. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer. Annahme im Ullsteinhaus, Berlin SW 68, Kochstr. 22/26, und in allen Geschäftsstellen des Verlages.

Im Verlage von Ullstein & Co. Verantwortl. für die Redaktion (mit Ausnahme des Handelstells): H. Bachmann in Berlin

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale: Ullstein & Co., Moritzplatz 11 800, 11 801, 11 802 bis 11 852, sowie 15 277, 15 281, 15 282 bis 15 288

## Der Kanzler gegen den militärischen Geist

Die gestrige Sitzung der Nationalversammlung war dem Protest gegen die dauernde Drangsalierung Deutschlands gewidmet. Präsident Fehrenbach teilte zu Beginn mit, daß die Entente den oberschlesischen Abgeordneten der Nationalversammlung die Ausübung ihrer Mandate verboten und gleichzeitlich durch praktische Maßnahmen auch den Mitgliedern der schlesischen Provinzialorganisationen, soweit sie ihren Wohnsitz in Oberschlesien haben, die Teilnahme an den Sitzungen unmöglich gemacht hat. Das Haus beglückte diese Mitteilung mit Ausrufen der Entzürstung, und der Präsident nahm Veranlassung, namens des deutschen Parlamentes Verwahrung gegen diese vertragswidrige und allem Brauch hohnsprechende politische Rechtlosmachung der oberschlesischen Bevölkerung einzulegen.

Reichskanzler Müller, der dann das Wort ergriff, ergänzte die Mitteilungen des Präsidenten Fehrenbach dahin, daß auch im asiatischen Abstimmungsgebiet die gleichen Verbote an die Abgeordneten ergangen seien, so daß es sich also anseheint um ein ganz einheitliches Vorgehen der Entente handelt, das im Gegensatz steht zu dem Verhalten der Entente-Kommission bei der schlesischen Abstimmung. Der Reichskanzler ging dann dazu über, die Verhältnisse im Ruhrgebiet zu schildern, die zu den Verhandlungen mit Frankreich über den Einmarsch verstärkter Truppenmassen in die neutrale Zone geführt hatten. Er betonte, daß es nicht Sache der französischen, sondern nur Sache der deutschen Regierung gewesen wäre, festzustellen, inwieweit ein solcher Vormarsch zur Aufrechterhaltung der inneren deutschen Ordnung notwendig sei. Deutschland habe formal durch den Einmarsch ohne besondere Genehmigung den Vertrag verletzt. Aber es habe damit keinerlei feindselige Handlung begangen und nicht den Weltfrieden gefährdet. Die Voraussetzungen für die Beschränkungen gegenüber Deutschland in den Artikeln 42-44 des Versailler Friedens seien vollkommen andere gewesen als die Verhältnisse, die sich jetzt ergeben haben. Der Reichskanzler protestierte dann am Schluß seiner Rede gegen eine Politik, die Deutschland verpenaltliche und gleichzeitig von der Geneigtheit spreche, friedliche Beziehungen aufzunehmen. Auf die Dauer könne die Regierung in keinem Lande Politik gegen die Empfindungen des Volkes machen. Das deutsche Volk begreift nur den Kriegszustand oder den Friedenszustand. Ein Drittes könne es sich nicht vorstellen. Die Politik, die Frankreich jetzt treibe, sei auch gegen seine eigenen Interessen Deutschland werde seinerseits unbehindert fortfahren, eine Politik zu machen, die von den Ueberlieferungen des Krieges sich vollkommen fernhalte.

Die Rede des Kanzlers wird insoweit sicher beim gesamten Volke Widerhall finden, wie sie den Mangel jeder Rechtsgrundlage für das Einrücken der französischen Truppen in den Rheingau klarstellt. Die Tatsache, daß Senegalneger in den Räumen der Frankfurter Universität kampieren, sollte auch dem französischen Volke zeigen, zu welchen Konsequenzen militärische Machtpolitik führt, und welche Empfindungen in der deutschen Bevölkerung wachgerufen werden müssen. Gesteilt dürfte die Meinung in der deutschen Öffentlichkeit darüber sein, ob es deutscherseits notwendig war, den formalen Verstoß gegen die Paragraphen des Friedensvertrages zu begehen, für den nach den letzten Neußerungen gerade der englischen Presse das Ausland weniger Verständnis hat, als die Regierung anzunehmen scheint.

Es war gewiß notwendig, daß der Reichskanzler vor dem deutschen Parlament und damit vor der gesamten Welt den scharfen Protest gegen das französische Vorgehen anmeldete. Aber leider hat der Reichskanzler die ausgezeichnete Gelegenheit nicht wahrgenommen, die Ziele jener Regierungspolitik darzulegen, durch die praktisch ein Weg aus den augenblicklichen Schwierigkeiten gefunden werden kann. Er hat selbst erklärt, daß mit Differenzen innerhalb der Entente nicht gerechnet werden könne. Wer also soll dem bedrängten Deutschen Reich nun helfen? Und den letzten Neußerungen gerade der englischen Presse das Ausland weniger Verständnis hat, als die Regierung anzunehmen scheint.

Andererseits könnte nur der Weg praktischer Vorschläge zur Verständigung zum Ziele führen. Denn es kommt nicht darauf an, ob die Regierung vor dem deutschen Volk gerechtfertigt dasteht, sondern ob die Vertragsgegner den deutschen Standpunkt anerkennen. Das Letzte ist leider nicht der Fall. Die englische Presse hat in den letzten beiden Tagen — nicht etwa bloß die „Times“, sondern auch die „Westminster Gazette“ und sogar

## Beratung französischer Militärpolitiker.

### Offiziersversammlung in Mainz.

Amliche Meldung.

Berlin, 12. April. (M. Z. B.)

Bei einer Besprechung höherer französischer Offiziere des Okkupationsgebietes, die am 9. April in Mainz stattfand, und die der Deutschland gegenüber zu befolgender Politik galt, wurden folgende Richtlinien aufgestellt, die in Uebersetzung wiedergegeben werden:

Die Rheinlinie ist nötig, um uns dauernde Sicherheit und die Gewißheit zu geben, daß wir vor Revanche-Ideen der deutschen Militärkreise geschützt sind. Wohl ist die Befestigung des linken Rheinufer von großer Bedeutung, aber mit Ausnahme von Köln, dem englischen Sektorabschnitt und einigen sonstigen Kapitalzentren befindet sich auf dem linken Rheinufer kein großer fundierter Reichtum Preußens. Deshalb müßte dem Pufferstaat auch derjenige Teil des rechten Rheinufer angegliedert werden, der Frankfurt a. M. und Umgegend, das Ruhrgebiet und die Düsseldorf-Industrie umfaßt. Köln wird in vier Jahren geräumt, Koblenz wohl auch. Wenn vorher die rechte und linke Seite des Rheins nicht angegliedert sind, können wir es erleben, daß wir Mainz und Pfalz auch aufgeben müssen. Bis dahin sind die Schulden nicht bezahlt, ist Deutschland wieder hochgekommen und bildet eine Gefahr, besonders durch seine Kohlen, seine Industrie-Technik und den Rhein, der der Kanal für die Rohstoffe nach Rheinland, Westfalen und Süddeutschland ist.

Jede Verlegenheit Deutschlands ist daher zu benutzen, um damit Vorteile für uns zu erringen. Da sich England nicht allzu weit von der Küste engagieren will und wir die Landnachbarn sind, Amerika aber genug mit Japan und England zu tun hat, müssen wir, solange wir freie Hand haben, alles tun, um uns festzusetzen und unsere Mittelerten vor eine vollendete Tatsache zu stellen. Vom nächsten Weltkrieg werden wir weniger berührt als England, Amerika und Japan. Innere Unruhen politischer Art sind kaum zu befürchten, wobei Elfaß-Bohmen stark entgegenzukommen ist. Die Sozialisten sind ja schon bei uns zurückgedrängt. Deutschland wäre am besten in 5 bis 6 größere Bundesrepubliken zu zerlegen und zwar:

1. Bayern, Baden, Württemberg.
2. Rheinische Republik mit beiden Ufern.
3. Im Norden Pommern, Mecklenburg, Hannover, Oldenburg und Schleswig-Holstein, die in der Hauptsache agrarisch sind; die Hansestädte sind dann belanglos.
4. Thüringen und Sachsen als Industriezentren und als Mitteldeutsche Republik.
5. Berlin mit Schlesien und einem kleinen Teil Pommerns mit der Mark als kleine Republik in der Art wie Wien und Budapest.

Insbesondere ist die innere Unmöglichkeit der Koalitionsregierung, die die Gegensätze vom Zentrum bis zum Mehrheitssozialismus umfaßt und dabei gegen die adeligen Offiziere und Beamtenreaktionäre zu kämpfen hat, Flug zu benutzen, sowohl

positiv wie negativ. Im Punkte mit dem schwer zerstückten Belgien können wir auf Grund verschiedener Paragraphen des Friedensvertrages einmarschieren und uns festsetzen. Zugleich müssen wir die mittlere kapitalistische Richtung in Deutschland und die U. S. P. für uns interessieren, als negative Bundesgenossen gegen die Berliner Regierung, und ihnen glauben machen, daß ihr Elend von Berlin kommt, damit sie auf Berlin und die Regierung marschieren. Dann können wir, wenn im Ruhrgebiet Unruhen entstehen, mit den Belgiern als Nachbarn und am meisten Interessierten dort einrücken. Bis dahin ist das rechte Flügel befestigt und administrativ beruhigt. Haben wir aber die beiden Flügel, so fällt die Mitte gegenüber dem englischen und amerikanischen Abschnitt wie aus einer Kugel aus von selbst zu, und damit wäre die rheinische Republik geschaffen, aber auf beiden Seiten des Rheins. Der Generalstreik ohne U. S. P. und Bürgerkriege ist in der rheinischen Republik unmöglich, besonders unter dem Belagerungszustand. Er fällt auf die Mehrheitssozialisten und evtl. die Demokraten zurück. Zielbewußte Kluge Politik setzt uns in 1 bis 2 Jahren in Besitz dessen, was Hoch will, nämlich der militärischen Rheingrenze mit starken Brückenköpfen, ohne ernstlichen Widerstand Deutschlands und unserer Mittelerten.

Die Veröffentlichung ist ausdrücklich als amtlich gekennzeichnet. Offenbar will damit die verantwortliche Stelle die Gewähr für die Authentizität der Mitteilung übernehmen, und gleichzeitig wird sie zu einem offiziellen Staatsakt gemacht, der anscheinend eine Aktion der deutschen Regierung einleiten und begründen soll. Der Inhalt der Veröffentlichung zeigt die Merkmale der rein militärischen Betrachtungsweise, die fast stereotyp wiederkehrt, mag es sich um deutsche Generale in den russischen Randstaaten, um rote Abschnittskommandeure vor Wesel oder um französische Truppenführer am Rhein handeln. Ein besonderes Kennzeichen dieser Auffassung der Militärs ist auch die Tatsache, daß sie stets nur mit dem Krieg rechnen und den Frieden als eine normwidrige Ausnahme betrachten, auf die einzustellen sich ihr ganzes Empfinden und Wollen sträubt. Es bleibt abzuwarten, welches Echo die deutsche Veröffentlichung im Ausland, namentlich aber in Frankreich, finden wird.

## Berlängerung der Räumungsfrist?

Drahtmeldung.

London, 12. April. (Z. M.)

Deutschland hat eine Woche länger Zeit erhalten, seine Truppen aus der neutralen Zone zurückzuziehen. (Siehe auch vierte Seite.)

Eine Bestätigung dieser zu später Nachtstunde eingehenden Meldung war nicht mehr zu erlangen.

## Die Erklärung der Regierung.

159. Sitzung, Montag, 12. April.

Am Regierungstisch: Müller, Koch, Geiler, Witt, Danth, Serres, Bell, Giesberts, Sähle, Fischel.

Die Tribünen sind stark besetzt.

Präsident Fehrenbach eröffnet die Sitzung um 8 Uhr 20 Min. Es sind Telegramme eingegangen aus dem Ruhrgebiet, die um Schutz bitten, ferner Telegramme aus Frankfurt und Darmstadt, die gegen die französische Besetzung Einspruch erheben.

Der Präsident teilt weiter mit, daß der Abg. Ullrich-Rattbow telegraphisch berichtet, daß die Ententevertreter den oberschlesischen Abgeordneten die Ausübung ihres Mandats untersagt haben. (Große Erregung und Rufe: Ungehört!) Der Abg. Dr. Hartmann-Königsgrün berichtet gleichfalls, daß alle Abgeordneten mandata, die sich auf Oberschlesien beziehen, von der Entente suspendiert seien. (Allgemeiner Widerspruch und Entrüstungsrufe.) Die Ententevertreter sind sogar soweit gegangen, daß sie den oberschlesischen Mitgliedern des schlesischen Provinziallandtages die Rückkehr in die Heimat untersagt haben. (Erneute Rufe der Entrüstung.) Die oberschlesischen Abgeordneten erheben Einspruch gegen diese unerhörten Angriffe auf die Rechte des deutschen Volkes und der deutschen Volksvertretung und

auch „Manchester Guardian“ — so sehr ein Teil von ihr die französische Okkupation verurteilt, doch keinen Zweifel darüber gelassen, daß Deutschland die Verpflichtungen wegen der neutralen Zone innehalten und sogar für die Innehaltung Garantien geben müsse. Es hat keinen Zweck, darüber zu diskutieren, ob das hier zum Ausdruck kommende Mißtrauen gegen Deutschland berechtigt ist oder nicht. Denn der Gegner hat die Macht, und er hat soeben erst gezeigt, daß er ohne jede Rücksicht auf das Recht diese Macht anzuwenden gewillt ist. Hier bleibt doch also nur der Verhandlungsweg offen, wenn man Deutschland vor der vollkommenen Zerstückelung schützen will.

Deutschland hat den Krieg zu einem Teil deshalb verloren, weil es in seiner Propaganda immer dieselben Gründe wiederholte, die es selbst für unantastbar hielt, und weil es nun glaubte, die ganze Welt müsse seinen Standpunkt anerkennen. Will die Regierung sich nicht einmal die Frage vorlegen, ob sie nicht jetzt genau dieselben Propagandamethoden wieder befolgt? Die Regierung führt einen schwierigen Prozeß um die Existenz des deutschen Volkes. Und ein altes Juristenwort sagt: In jedem Prozeß handelt es sich nicht darum, ob man Recht hat, sondern ob man Recht bekommt. Recht zu bekommen vor dem Forum der Völker muß auch das Ziel aller Methoden der Politik sein.

B.H.